

Bücherraum Zürich/Oerlikon, 8. April 2019 – Gespräch mit Ueli Mäder (Notizen)

1. Auftakt

Das Buch „**Gegenleben**“ (Chronos, Zürich 2003) von **Ina Boesch** passt zum 1. Mai. Es enthält viele Bezüge zur Arbeiter/innen-Bewegung, zu anarchistischen Strömungen und zur Genderfrage. Die porträtierte Margarethe Hardegger (1882-1963) war die erste politische Sekretärin des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (1905-09). Die jetzige SGB-Sekretärin ist auch eine Frau. Ebenso die Präsidentin des Basler Gewerkschaftsbundes, die mit drei weiteren Frauen an der Basler Kundgebung vom 1. Mai 2019 redet. Im Kanton Baselland referieren ebenfalls vier Frauen. Samira Marti ist eine von ihnen. Die jüngste Nationalrätin präsidiert den VPOD der Region Basel. 1968 wehrte sich der VPOD noch dagegen, Frauen eine Strassenbahn oder einen Bus lenken zu lassen. Im Bücherraum steht allerdings nicht „Gegenleben“ von Ina Boesch, sondern ihr späteres Buch „Grenzfälle: Flucht und Hilfe“ (Bücherraum 7106). Die fünf Geschichten aus Europa (Limmatverlag, Zürich 2008) sind leider aktuell und auch ein Thema für den Tag der Arbeit. Alle Geschichten drücken biographisch viel von dem aus, was sich gesellschaftlich tut und hinter nackten Zahlen verbirgt.

2. Literatur

Die Soziologin Claudia Honegger hielt 1969 die Zürcher 1. Mai-Rede für die ausserparlamentarische Opposition. Gewerkschaften opponierten gegen ihren Auftritt, akzeptierten ihn aber. Politische Literatur trug zum Aufbruch bei. Von Peter Bichsel erschien „Des Schweizers Schweiz“ (B2562; Arche, Zürich 1969). Der Schriftsteller las anno dazumal an der Uni Basel aus seinem Buch vor. Am Schluss fragte er: „Will noch jemand diskutieren?“ Und fügte gleich an: „Auch ich gehe lieber ein Bier trinken.“ Damit endete seine Lesung, die jedoch nachhaltig wirkte. Bichsel beschrieb seine ambivalente „Liebe zur Schweiz“ und woher viel Stolz auf die Schweiz rührt. Die Suhrkamp-Ausgabe (Frankfurt a.M. 1997) enthält auch eine selbstkritische Rede über den „Virus Reichtum“, die Bichsel am 25.9.1987 vor Delegierten der Gewerkschaft Bau und Holz (GBH) in Davos hielt. 1964 veröffentlichte er schon seine alltagssoziologische Geschichte „Eigentlich möchte Frau Blum den Milchmann kennen lernen“ (Walter Verlag, Olten 1964), die in kurzen Sätzen formal revolutionär daher kommt. Inhaltlich veranschaulicht sie anhand einfacher Begebenheiten, wie sich sozialer Wandel in Lebenswelten dokumentiert, wie Menschen handeln und wie soziale Kontexte dabei mitspielen. Bichsel regt dazu an, Augen und Ohren zu öffnen und das sinnlich Wahrgenommene zu reflektieren. Otto F. Walter schrieb das Nachwort zur Geschichte von Frau Blum. Später verfasste er „Die ersten Unruhen“ (B2178; Rowohlt, Reinbek bei Hamburg 1972) und „Wie wird Beton zu Grass“ (Rowohlt, Reinbek bei Hamburg 1979).

Was Menschen aus dem machen, was die Gesellschaft mit ihnen macht, verarbeitete der Philosoph **Jean Paul Sartre** im Drama „Les mains sales“ (Gallimard, Paris 1948) bzw. „**Die schmutzigen Hände**“ (B1620; Rowohlt, Reinbek bei Hamburg 1961): Hoederer, ein pragmatischer Kommunist und Parteisekretär, will mit einem breiten Bündnis und Kompromiss hunderttausend Menschen retten. Der Zweck heiligt die Mittel. Nein, sagt Hugo, ein anarchistischer Sozialist bürgerlicher Herkunft, der seine Bereitschaft beweisen will, die offizielle Parteidoktrin loyal zu vertreten und den „Verräter Hoederer“ zu beseitigen. Was er (erst) nach einem persönlichen Zerwürfnis tut. Aber warum? Aus Eifersucht, weil sich seine Frau Jessica mit Hoederer einlässt? Oder will er der linientreuen Olga imponieren, die sich für Hugo einsetzt? Und: Wie gehen wir mit dem Zwiespalt zwischen dem menschlich Persönlichen und dem politisch Ideologischen um? Haben wir Verständnis für Hoederers Notlügen, dessen „humaner Pragmatismus“ dem Soziologen Jean Ziegler näher liegt als Hugos „ideologischer Idealismus“? André Gorz greift die Frage selbst kritisch in „Der Verräter“ (B1539; Rotpunktverlag, Zürich 2008, Orig. 1958) auf; Peter Weiss in der „Ästhetik des Widerstands“ (B5541; Suhrkamp, Frankfurt a.M. 1982), Manès Sperber in „Wie eine Träne im Ozean“ (B5541; Suhrkamp, Frankfurt a.M. 1979). Beide Trilogien faszinierten viele 68er/innen – mit zeitlichem Verzug.

Dichte politische Beschreibungen finden sich auch in der aktuellen Literatur. Der Schriftsteller Alex Capus berichtet in „Mein Nachbar Urs“ (Hanser, München 2014), wie die Züge von Olten aus ohne Halt in alle Himmelsrichtungen zu wichtigen Schweizer Städten fahren. In Olten kreuzen sich zwei Verkehrsachsen. So sind morgens um sieben Uhr schon viele Leute auf den verschiedenen Perrons. Capus typisiert, wie Menschen unterschiedliche kulturelle Mentalitäten repräsentieren. Er reduziert das soziale Verhalten auf einfache Muster, ohne dabei stehen zu bleiben. Das kann als methodischer Zwischenschritt helfen, komplexe Gefüge weiter zu differenzieren, statt populistisch zu simplifizieren. In seinem Roman „Das Leben ist gut“ beschreibt Alex Capus (Hanser, München 2016) auch Dorfgemeinschaften, die ihre letzte Kneipe schliessen und das Schulhaus veräussern. Sie unterhalten keine Bibliothek und keinen Gesangsverein mehr. Dafür gibt es nun ein Nagelstudio. Es ersetzt den Schmied oder den Quartierladen und repräsentiert, was an Geldwerten bemessen offenbar mehr rentiert. Capus karikiert so die finanzgetriebene Ökonomisierung unserer Gesellschaft, die seit Ende der 80er-Jahre das politisch liberale Verständnis überlagert.

3. Politik

Der Vietnam-Krieg prägte, nebst der kulturellen Öffnung, den 68er-Aufbruch. Der Basler Philosoph Arnold Künzli analysierte ihn in „Vietnam – Wie es dazu kam“ (B3880; EVZ 1965). Roger Sidler würdigt Künzlis Werk in „Arnold Künzli. Kalter Krieg und ‚geistige Landesverteidigung‘“ (B2622; Chronos, Zürich 2006). In „Der Vietnamkrieg und die Presse“ (B3868; EVZ 1966) wertete der Berner Soziologe Urs Jaeggi mit Rudolf Steiner und Willy Wyniger die NZZ-Berichte inhaltsanalytisch aus. Die NZZ titelte schon in der Neujahrsausgabe 1966: „Die amerikanische Friedensinitiative im Vietnamkonflikt“. Stereotype dominierten. Jaeggi et al. kritisierten „das Frisieren von Fakten“. Zum Beispiel mit beschönigenden Ausführungen über das Vernichten der Reisernte mit Giftgas. Der Kampf um die ideologische Vorherrschaft legitimierte unheilvolle Mittel.

Mit der politischen Institutionalisierung der 68er-Bewegung gewann die Lektüre marxistischer Grundlagen an Bedeutung. Wer den Kapitalismus verstehen und überwinden wollte, musste das „Kapital“ von Karl Marx (B995; Urfassung von 1867, Gerstenberg Verlag, Hildesheim 1980) lesen. In vielen Schulungskursen diente das „Manifest der Kommunistischen Partei“ (B989; Diez, Berlin 1970) von Karl Marx und Friedrich Engels (B989; orig. 1848) als einfache Einführung. Die kapitalistische Gesellschaft spaltet sich in „Bourgeois und Proletarier“. Das führen Marx und Engels im ersten Teil des Manifests aus. Die gesellschaftliche Entwicklung ist eine Geschichte von Klassenkämpfen. Die industrielle Revolution und der Weltmarkt bringen antagonistische Klassen hervor. Auf Lohnarbeit angewiesen, sinkt der untere Mittelstand zum Proletariat ab. Die Arbeitskraft verkommt zur Ware. Die Bourgeoisie schaltet reaktionäre feudale Kräfte aus. Sie besitzt und erneuert die Produktionsmittel. Und die moderne Staatsgewalt verwaltet die gemeinschaftlichen Geschäfte. Um „Proletarier und Kommunisten“ geht es im zweiten Teil. Sie haben gleiche Interessen und betrachten den Boden als Gemeingut. Sie wollen das bürgerliche Eigentum und die Bildung allen zugänglich machen. Die herrschenden Ideen sind die Ideen der Herrschenden. Zunächst gilt es, Demokratie zu erkämpfen und die Produktionsmittel in den Händen des organisierten Proletariats zu zentralisieren. Im dritten Teil „Sozialistische und kommunistische Literatur“ polemisieren Marx und Engels gegen Spielarten eines aristokratischen, kleinbürgerlichen, angeblich wahren oder bourgeoisen Sozialismus. Zuletzt kommen sie zum kritisch-utopischen Sozialismus. Frühe Ansätze (von Saint Simon, Fourier, Owen) wirkten noch aufklärerisch. Spätere kommunale Utopien schwächten laut Marx/Engels den Klassenkampf. Der vierte und letzte Teil handelt von der „Stellung der Kommunisten zu den verschiedenen oppositionellen Parteien“. Die bourgeoise Revolution leitet die proletarische ein. Kommunisten verbünden sich mit progressiven Kräften. Sie kämpfen mit bourgeoisen gegen feudale und verbinden demokratische Parteien aller Länder. Dann schreitet die Revolution voran. Die Waffen, mit denen die Bourgeoisie den Feudalismus bekämpft, richten sich nun gegen sie selbst. Die Proletarier haben nur ihre Ketten zu verlieren und eine Welt zu gewinnen. Am Manifest irritieren absolute, deterministische Aussagen. Sie beeinträchtigen das emanzipierte Hinterfragen. Aber das

Manifest ist ein Kind seiner Zeit und bewusst polemisch verfasst. Restaurative Kräfte befanden sich im Widerstreit mit bürgerlich-demokratischen und revolutionären Bewegungen. Die industrielle Revolution brachte frühen Kapitalisten viel Reichtum, während Teile des Proletariats verelendeten. Marx und Engels schrieben gegen dieses Unrecht an. Ihre Stimme ermutigt dazu, soziale Lagen strukturell zu ergründen und Widerstand zu leisten. Dazu gehören konkrete Machtanalysen und viel Selbst-Reflexion.

Die 68er-Bewegung versuchte, marxistische Grundlagen historisch zu verorten. Bei weiter führenden Überlegungen rekurrierte sie auf „**Das Prinzip Hoffnung**“ (B1281-83, Suhrkamp, Frankfurt a.M. 1959, 1969, 1982) von **Ernst Bloch**. Er unterscheidet die Wach- von den Fluchträumen, die sich in den Zustand einpassen. Die Wirklichkeitsflucht billigt das Bestehende. Sie vertröstet aufs bessere Jenseits. Tagträume führen indes zur Hoffnung. Sie dämmern vorwärts ins Neue. Menschen wollen, was zum Leben nötig ist. Fehlt ihnen das, spüren sie den Mangel. Die konkrete Utopie stellt sich gegen das Elend. Sie hebt sich aus den Wachträumen hervor und motiviert zum Leben. Utopie ist antizipierendes Bewusstsein. Wunschbilder erschaffen eine Welt, die frei von Leiden, Angst und Entfremdung ist. Utopien greifen auf, was noch nicht bewusst und geworden ist. Die schmerzenden Wünsche treiben voran. Was nicht geträumt ist, gewöhnt sich an Not. Vom Traum zur konkreten Utopie braucht es Bewusstsein und „Gewusstsein“. Wenn Vernunft zu sprechen beginnt, blüht Hoffnung auf. Auch abstrakte Sozialutopien bekunden eine Bereitschaft zur Veränderung, die helfen kann, den Mangel an Hoffnung zu überwinden. Stärker wirken konkrete Utopien. Sie sind für Bloch das werdende, die politische Zukunft im realen Augenblick.

4. Soziologie

Eine gesellschaftliche Standortbestimmung nimmt **Jürgen Habermas** im Buch „**Die Neue Unübersichtlichkeit**“ (B1141; Suhrkamp, Frankfurt a.M. 1985) vor, in dem er gesellschafts-politische Entwicklungen sichtbar macht. Die Moderne befreit das Individuum von Zwängen traditionaler Bedingungen. So entstehen neue Kapazitäten produktiver Subjektivität, wobei der Verlust an Sinnstiftendem auch verunsichert. Lebenswelt und System geraten, rechtlich überformt, aus der Balance. Eng geführte Rationalität verkehrt Produktiv- in Destruktivkräfte. Soziale Bewegungen reagieren widerständig. Wachstums-Ideen, die sich an der Arbeitsgesellschaft orientieren, erschöpfen sich. Die sozialstaatliche Programmatik verliert ebenfalls an Kraft, ein kollektiv besseres Leben zu erschliessen. Sie wälzt gesellschaftliche Probleme auf Einzelne ab. Verinnerlichte Konflikte binden Energien, die emanzipatorischen Projekte mit egalitären Zielen fehlen. Selbstorganisation benötigt eigenen Antrieb. Sie lässt sich nicht verordnen. Vielfältige soziale Einrichtungen verkörpern durchaus einen demokratischen Entwicklungsschub durch progressive Verfassungen. Allerdings sind immer grössere Anstrengungen nötig, um Lebenswelten gegen die forcierte Konkurrenz beschleunigter Modernisierung zu schützen. Die soziale Kluft, die sich global zwischen Metropolen und Peripherien vollzieht, äussert sich auch regional. Neokonservative Strömungen favorisieren eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik. Sie legitimieren soziale Gegensätze, die angeblich die Gesellschaft dynamisieren. Ein schlanker Staat soll die Verwaltung professionalisieren und von öffentlicher Willensbildung entkoppeln. Das Verlagern demokratischer Prozesse verschiebt sozialstaatliche Kompetenz in Grauzonen. „Dissidente Wachstumskritik“ lehnt die Fortschrittsoption ab, die Neokonservative mit jenen Legitimisten teilen, die den Sozialstaat enger mit der Marktwirtschaft verbünden, um Besitzstände zu garantieren. Neue Soziale Bewegungen halten die „Dissidente Wachstumskritik“ hoch. Sie drängen darauf, geldgesteuerte Subsysteme möglichst selbst zu verwalten. Staatliche Einrichtungen sollen Individuen stärken, statt bevormunden. Argumentative Überlappungen ergeben sich mit einer zweiten Gruppe von Legitimisten, die das politische Korrektiv gegenüber der wirtschaftlichen Macht stärken wollen. Habermas selbst will zivilgesellschaftliche Bindekräfte reaktivieren, ohne sozialstaatliche Errungenschaften preis zu geben. Aktuelle Klimaproteste knüpfen an dieses Verständnis an.

Soziologe Ulrich Beck veröffentlichte bereits nach der Tschernobyl-Katastrophe eine Analyse über die „Risikogesellschaft – Auf dem Weg in eine andere Moderne“ (B7429; Suhrkamp, Frankfurt a.M. 1986). Die Risikogesellschaft ist ein Produkt der Moderne. Sie zeugt vom bruchartigen Übergang von der industriellen zur reflexiven Moderne. Neue, selbst geschaffene Risiken überlagern laut Beck alte Klassengefüge. Technische Fortschritte zeitigen unerwartete Nebenfolgen. Ökologische Bedrohungen kumulieren sich und relativieren Fragen von arm und reich. Viele Umweltprobleme sind, da kaum fassbar, umso schwieriger zu bewältigen. Mehr Wissen führt auch zu mehr Fragen. Und die Individualisierung sozialer Ungleichheit kennzeichnet nach Beck eine soziale Strukturierung „Jenseits von Klasse und Schicht“. Tradierte Bande und geschlechtliche Stereotypen weichen sich auf. Die standardisierte Erwerbsarbeit erodiert. Wechselhafte Lebensverläufe mit „Bastelbiographien“ lösen „Normalbiographien“ ab. Vielfältige Gestaltungs- und Wahlmöglichkeiten kompensieren den Verlust. Vor der politisch-administrativen Steuerung kommen verbandliche und wirtschaftliche Akteure stärker zum Zug; zudem soziale Bewegungen und zivilgesellschaftliche Einrichtungen. Nationales Denken will Beck auch deshalb kosmopolitisch überwinden, weil Umweltprobleme vor Landesgrenzen keinen Halt machen. Globalisiert, erweisen sie sich als weltinnere Aufgabe. Die Weltgesellschaft, die Beck in „Was ist Globalisierung?“ (B7431, Suhrkamp, Frankfurt a.M. 1997) diskutiert, entwickelt ein Bewusstsein über sich selbst. Sie geht das, was sie gefährdet, kollektiv an. So entsteht eine übergreifende Community, die das Überleben sichern kann. Im Unterschied zum einseitig wirtschaftlich geprägten Globalismus. Er ruft, scheinbar gegenläufig, einen bornierter Provinzialismus hervor. Politische und kulturelle Globalität ermöglichen hingegen eine solidarische Regionalität.

Die industrielle Moderne ist laut Beck eine zweckrationale, die vordergründige Klarheiten und ein ultimatives Entweder-oder-Denken mit sich bringt. Anders verhält es sich bei der reflexiven Moderne. Hier antizipieren Menschen ihre Zukunft. Sie erkennen, was passiert, wenn Nebenfolgen dominieren und auf jene zurückfallen, die sie verursachen. Diese Einsicht kann die Bereitschaft fördern, sich zu engagieren. Das ist eine zuversichtliche Option. Unter Bedingungen sozialer Ungleichheit lassen sich allerdings Probleme abwälzen. Die Individualisierung verstärkt diese Dynamik. Sie basiert laut Beck aber auf einer Pluralisierung, die Ambivalenzen zulässt und das verbindende „Und“ oder „Sowohl-als-auch“ sucht. Die Verunsicherung kann allerdings auch dazu führen, in Beliebigkeit abzudriften oder sich an populistischen Ideologien fest zu halten. Für Ulrich Beck ist die Individualisierung, die sich aus Prozessen der Auflösung ergibt, aber vielmehr eine Voraussetzung für neue Verbindlichkeiten, die freiheitlich zustande kommen. Soziale Ungleichheiten deuten aus seiner Sicht gewiss darauf hin, dass es ein oben und unten gibt; er vernachlässigt jedoch vertikale Klassengefüge, obwohl diese mit der von ihm betonten „Enttraditionalisierung“ keineswegs passé sind. Zentral ist für Ulrich Beck eine postnationale Demokratie mit einem stark föderalistischen und zivilgesellschaftlichen Europa von unten, das die Macht der transnationalen Konzerne eindämmt und weltweit eine Finanztransaktionssteuer durchsetzt.

Marianne Gronemeyer ist weniger zuversichtlich als Ulrich Beck. Sie befürchtet, dass der stärker wahrgenommene Problemdruck eher irrationale Verhaltensweisen fördert. Sie analysiert in ihrer Studie über „Motivation und politisches Handeln“ (Hoffmann und Campe, Hamburg 1976), was sozial Benachteiligte motiviert, sich für eigene Interessen einzusetzen. Als Beispiel dient ihr die alternative „Scuola di Barbiana“. Pater Lorenzo di Milani gründete diese „Schüler-Schule“ in der Toskana für Kinder von Landarbeitenden, die in der öffentlichen Schule „versagten“. Er schaffte die Noten ab, passte das Tempo den Langsamen an, setzte ältere SchülerInnen als TutorInnen ein und orientierte den Unterricht an Fragen der Jugendlichen, die nun alle die Abschlussprüfung bestanden. Nach Marianne Gronemeyer war die Empörung über das „Versagen“ so lange machtlos gegen die Resignation, bis eine produktive Handlungsalternative entstand. Von sich aus unternahmen die Eltern und Kinder zunächst wenig. Die tief verwurzelte Überzeugung von der eigenen Unzulänglichkeit lähmte sie. Ein externer Impuls half, Unrecht aufzudecken und eigene Ressourcen zu mobilisieren. Die Erfahrung mit der „Schüler-Schule“ beeinflusste human-pädagogische Konzepte der 68er-Bewegung. Sie trug dazu bei, alte behavioristische Reiz-Reaktions-Schemen der industriellen

Moderne zu überwinden. Kognitive und kompetenzmotivierte Ansätze bauten auf intrinsische Motivation. Heute verbreiten sich neue behavioristische Input-Output-Modelle, die mit ihrer Boni-Kultur ein funktionalistisches Menschenbild fördern und soziale Ungleichheiten rechtfertigen.

Der französische Soziologe Pierre Bourdieu bezweifelte, ob soziale Klassen und Schichten an Bedeutung verlieren. In „Die feinen Unterschiede“ (B1470; Suhrkamp, Frankfurt a.M.) verknüpft er vertikale und horizontale Unterschiede sowie Struktur und Kultur. Nach seinem Verständnis sozialer Räume markiert der Lebensstil den sozialen Ort der Menschen. Angehörige der Oberschicht sind eher in der Lage, spielerisch mit Wissen und Werten umzugehen als Angehörige der Unterschicht. Wer sich im Alltag wie durchsetzt, hängt von der Ausstattung mit verschiedenen Ressourcen ab. Äussere Faktoren prägen Denk- und Handlungsmuster. Die eigene Klassenlage ist dabei zentral. Sie determiniert aber nicht kausal. „Feine Unterschiede“ machen sich über Titel, Kleidung, Sprache, Manieren und den Geschmack bemerkbar. Sie verweisen auf die Herkunft. Der Lebensstil folgt dem sozialen Rang. Der Habitus drückt aus, wer woher kommt. Soziale Schliessungen dienen dazu, Macht zu erhalten.

5. Perspektiven

Am 9. April 2019 liest **Jean Ziegler** in Basel aus seinem neuen Buch „Was ist so schlimm am Kapitalismus. Antworten auf die Fragen meiner Enkelin“ (Bertelsmann, München 2019)“. Am 19. April 2019 feiert der Soziologe seinen 85. Geburtstag. Sein Buch „**Ändere die Welt!**“ (B6412; Bertelsmann, München 2014) erschien zu seinem 80. Geburtstag. Jean Ziegler will damit möglichst viele Menschen aufrütteln. Wie Menschen an Hunger leiden, veranschaulicht er anhand eines Essens mit dem Schweizer Honorarkonsul in Recife (Brasilien). Ein Junge bittet um ein paar Münzen. Ziegler organisiert ihm etwas zu essen und fragt sich, warum er weiter reist, statt sich um die Familie des Jungen zu kümmern. „Ich bin“, vergegenwärtigt er sich, „selbst in ein machtvoll System eingebunden, das uns alle okkupiert, aber nicht lähmen darf.“ Jean Ziegler solidarisiert sich mit Ausgegrenzten gegen Oligarchien, die den Markt verabsolutieren und das Kapital dorthin fließen lassen, wo die Renditen am höchsten sind. Er ruft dazu auf, sich diesem System zu verweigern. Er dekonstruiert die Marktgläubigkeit und will eine soziale Alternative verwirklichen, die die menschlichen Bedürfnisse respektiert und sich am Wunder der Liebe, Natur und Freiheit orientiert. Ziegler verbindet, analytisch orientiert und emotional engagiert, seine intellektuellen Einsichten mit seiner politischen Praxis. Er ist, wie viele andere auch, seinen 68er-Idealen treu geblieben.

Wie sich und was eine solidarische Gesellschaft heute konstituieren könnte, diskutieren u.a. Bini Adamczak in „Beziehungsweise Revolution. 1917, 1968 und kommende“ (Suhrkamp, Frankfurt a.M. 2017), Heinz Bude in „Solidarität. Die Zukunft einer grossen Idee“ (Hanser, München 2019), Colin Crouch in „Ist der Neoliberalismus noch zu retten?“ (Suhrkamp, Frankfurt a.M. 2018), Aladin El-Mafaalani in „Das Integrations-Paradox (Kiepenheuer & Witsch, Köln 2018), Isolde Charim in „Ich und die Anderen“ (Zsolnay, Wien 2018) und weitere AutorInnen, etwa in „Widersprüche 151“ (Westfälisches Dampfboot, Frankfurt a.M. 2019). Adamczak (2017: 284ff.) plädiert für Modi solidarischer Kollektivierung, die gesellschaftliche Trennungen zwischen Produktion und Reproduktion, intimer Privatheit und politischer Öffentlichkeit weder reproduzieren noch einseitig auflösen: „Weder die hegemoniale Beziehungsweise einer maskulinen Staatsökonomie noch diejenige einer femininen Subsistenzökonomie kann den sozialen Reichtum erhalten, der in heterosexistischen Gesellschaften mit kapitalistischer Produktionsweise in gespaltener und somit identitär begrenzter Weise akkumuliert wurde“, schreibt Gegenüber 1968 fragt sie, „wie dem Anspruch nach Differenz und Freiheit Rechnung getragen werden kann, ohne den Fliehkräften der Individualisierung und Desozialisierung zu erliegen.“ Solidarität ohne Gleichheit führe zu Paternalismus, Solidarität ohne Freiheit zu repressiver Vergemeinschaftung. Mehr dazu mündlich und in der nächsten Ausgabe der Zeitschrift „Widerspruch Nr. 73“, die im Bücherraum vorhanden ist und sich mit der „Angst und Individualisierung in einer durchökonomisierten Gesellschaft“ befassen

wird. Dabei geht es auch um die von der 68er-Bewegung teilweise vernachlässigte Frage, wie sich demokratische Prozesse weiter demokratisieren lassen.

Während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts politisierte die Schweiz wirtschafts- und auf sich bezogen. Nach dem Zweiten Weltkrieg wollte der Bundesrat erlangte Vollmachten behalten. Der Souverän bewirkte mit einer Initiative die „Rückkehr zur direkten Demokratie“ (1949), die auf die Bundesverfassung von 1848 zurückgeht. Die Menschenrechte sind in der Schweiz weniger verankert. Spannungen zwischen direkter Demokratie und Menschenrechten zeigen sich u.a. am Beispiel der (am 29.11.2019 angenommenen) Volksinitiative „Gegen den Bau von Minaretten“. Sie kollidiert mit dem Menschenrecht, eigene Religionszugehörigkeit frei praktizieren zu können. Darf also ein Beschluss einer Mehrheit ein Menschenrecht missachten? Nein! Die direkte Demokratie muss die Menschenrechte einhalten. Deshalb ist eine Gerichtsbarkeit nötig, die die Übereinstimmung garantiert. Zum Beispiel durch eine Verfassungskommission, das Bundesgericht oder erweiterte Ungültigkeitsgründe. Verbindliche Menschenrechte und (direkte) Demokratie bedingen sich gegenseitig. Eine (direkte) Demokratie funktioniert, wenn die Bevölkerung in möglichst vielen Lebensbereichen verantwortlich partizipiert. Unzählige Bürgerinnen und Bürger engagieren sich allerdings schon jetzt aus freien Stücken. Ohne ihr soziales Verhalten könnte unsere Gesellschaft kaum funktionieren. Hier manifestieren sich Ressourcen, die mehr zu beachten sind. Die Qualität (direkt) demokratischer Prozesse manifestiert sich wesentlich im mündig emanzipatorischen Umgang mit dieser Potenzialität, die auch an die Tradition genossenschaftlicher Selbstorganisation anknüpft.

Bürgerinnen und Bürger begehren auch heute gegen Ungerechtigkeit und Entfremdung auf. Junge protestieren gegen mangelnde Perspektiven, Alte gegen die Entwertung ihres sozialen Status. Aktuell sind die Klimastreiks. Die 68er-Bewegung hielt die internationale Solidarität als konkrete Utopie hoch.¹ Sie postulierte eine sozial gerechte Globalität, die noch weitgehend auf sich warten lässt. Wie die autonomen Freiräume, die die 80er-Jugend subito verlangte. Die Klimastreiks kommen nun relativ radikal und pragmatisch daher. Protestierende argumentieren differenziert und fundiert. Sie sind auch selbst kritisch. Wie Martina Montañés. Die Studentin berichtet in unserer Publikation „Dem Alltag auf der Spur. Zur Soziologie des Alltags“ (B7571; Edition 8, Zürich 2017), wie sie beim Einkaufen darauf achtet, woher die Waren kommen. Sie nimmt frisches Gemüse und Früchte aus der Region. Einmal haderte sie innerlich mit jemandem, der Fischstäbchen aus Neuseeland im Korb hatte, und fragte sich dann, ob es ihr darum geht, sich moralisch über andere zu erheben. Diese reflektierte Haltung führt Theorie und Praxis weiter.

Neue soziale Bewegungen wollen Probleme nicht mit Mitteln bewältigen, die sie verursachen. Sie setzen sich für eine soziale Infrastruktur ein, die das solidarische Engagement ohne enge soziale Kontrolle fördert. Die zwiespältige Individualisierung trägt dazu bei, fest gezurrte soziale Strukturen aufzubrechen. Viele Menschen suchen mehr Anonymität in der Urbanität. Doch die erstrebte Coolness erweist sich als brüchig und kühl. Diese Erfahrung verstärkt das Bedürfnis nach lebendigen Beziehungen und frei gewählten sozialen Verbindlichkeiten. Die Pluralität stützt dabei eine Identität, die Widersprüche offen angeht und eine permanente Aufklärung anstrebt, die demokratische Prozesse in Wirtschaft und Gesellschaft weiter demokratisiert. Dazu passt das Graffiti: „Wir scheitern nicht an Niederlagen, die wir erleiden, sondern an den Auseinandersetzungen, die wir nicht wagen.“ Sozialphilosoph Me-ti regte indes vierhundert Jahre vor unserer Zeitrechnung an, nicht mit wehenden Fahnen unter zu gehen. Wenn wir einen breiten Fluss überqueren wollen, müssen wir uns nicht immer dort ins Wasser schmeissen, wo der Fluss am tiefsten ist und am meisten reißt. Manchmal hilft uns eine seichte Stelle, das andere Ufer zu erreichen und unsere Kräfte zu schonen, damit wir weiter gegen den Strom schwimmen können. Mehr dazu bei Bertold Brecht: Me-ti. Buch der Wendungen (B5491; Suhrkamp, Frankfurt 1971).

¹ Ueli Mäder, 68 – was bleibt? (Rotpunktverlag, Zürich 2018)